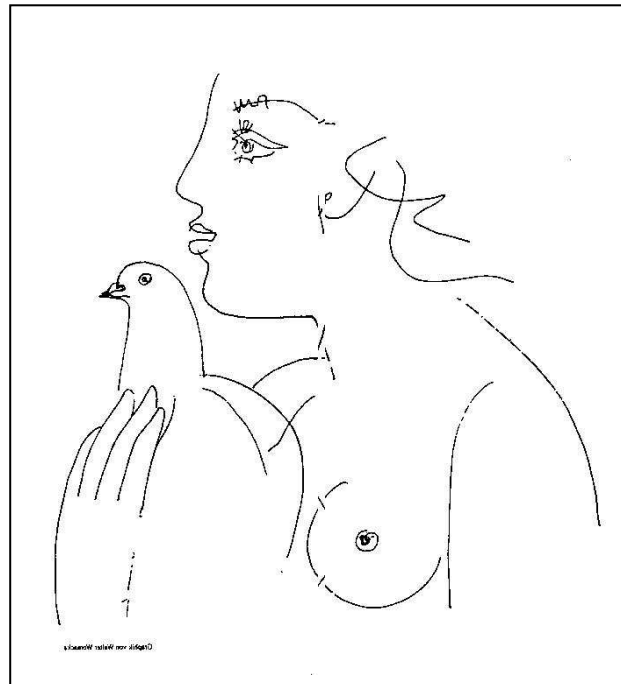


Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 123



Anschlag auf den Frieden der Welt

oder

Durchbruch zu politischer Lösung?

von

Prof. Dr. Georg Grasnick

Redaktionsschluss: 10. September 2013

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.

Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de Homepage: www.gbmev.de/

Der 9. September 2013 kann für die friedliebenden Menschen der Welt historische Bedeutung gewinnen.

In einer dramatischen politischen Situation, ausgelöst durch den angedrohten Militärschlag der USA und Frankreichs gegen Syrien, um einen „Regime change“ zu erzwingen, hat Russland eine neue bedeutsame Initiative für eine politische Lösung des Konflikts ergriffen. Außenminister Lawrow hat die syrische Regierung aufgefordert, sein Chemiewaffen-Arsenal unter internationale Kontrolle zu stellen und es zu vernichten, Damaskus solle „der Organisation für das Verbot chemischer Waffen beitreten“.

Die politische Auseinandersetzung um einen von den USA betriebenen „Regime change“ in Syrien ist bis zum 8. September in der nachfolgenden Dokumentation nachgezeichnet.

Der Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte und Präsident der USA, Barack Obama, schickte in seiner Dankesrede zur Verleihung des Friedensnobelpreises in Oslo am 10. Dezember 2009 die Bemerkung voraus, sein Ziel sei nicht, einen „Popularitätswettbewerb oder einen Preis zu gewinnen.“ Um dann u. a. zu sagen: „Ich bin verantwortlich für die Entsendung Tausender junger Amerikaner in ein fernes Land. Einige von ihnen werden töten. Andere werden getötet werden.“ (1)

Über die Opfer der Weltordnungskriege, die die USA und ihre NATO-Verbündeten führen, verlor Obama kein Wort. 1,7 Millionen Menschen wurden in diesen Interventionskriegen gegen Afghanistan, den Irak, Libyen und den Jemen getötet; über 100.000 sind es bisher in Syrien. Die USA-Administration hat hunderte Millionen Dollar für einen „Regime change“ zur Verfügung gestellt. Um mit Hilfe von CIA-Experten Rebellen, Freischärlern und Al-Qaida-Terroristen den letzten Schliff für's Töten zu verpassen und sie für provokatorische Akte und taktisches Verhalten in den Gefechten mit der syrischen Armee zu schulen.

Wenige Tage vor dem diesjährigen Weltfriedenstag trat Friedensnobelpreisträger Obama vor die Weltöffentlichkeit mit dieser Verkündung: Mit einseitigen, unbewiesenen Schuldzuweisungen, ohne UNO-Mandat, sollen Militärschläge gegen Syrien geführt werden. Mit dem Ziel, „den Einsatz oder die Weiterverbreitung irgendwelcher Massenvernichtungswaffen, einschließlich chemischer oder biologischer Waffen, innerhalb Syriens, nach dort oder von dort, zu

verhindern oder davon abzuschrecken...oder um die USA, ihre Verbündeten und Partner vor der Gefahr zu schützen, die solche Waffen darstellen.“ Dieser Krieg soll mindestens 60 Tage andauern. Aus der dargelegten Zielsetzung geht hervor, dass die Intervention nicht auf Syrien begrenzt bleiben könnte. Dass sie sich zu einem Flächenbrand mit unabsehbaren Folgen für die ganze Welt entwickeln könnte.

Nicht genug der Opfer – die US-Administration setzt auf einen weiteren Weltneuordnungskrieg. Einen weiteren völkerrechtswidrigen Krieg ohne UN-Mandat. US-Kriegsschiffe wurden längst im Mittelmeer stationiert, um mit Marschflugkörpern Ziele in Syrien zu treffen. Langstreckenbomber warten einsatzbereit auf der Vielzahl von Stützpunkten, die die USA in der Region – wie überall in der Welt – eingerichtet haben.

Unverfroren und herausfordernd äußerte schon am 30. August US-Außenminister Kerry: „Die Welt wartet darauf, dass der Präsident den Befehl gibt.“ (2)

Zündeln mit provokativen Akten

Das Kriegsgeschehen in Syrien dauert seit zweieinhalb Jahre an. Ein direktes Eingreifen der USA und anderer westlicher Staaten wurde bisher durch die Haltung Russlands und Chinas im UN-Sicherheitsrat verwehrt.

Westliche Politiker und Medien sprechen von einem „Bürgerkrieg“. Doch es sei „falsch, von einem syrischen Bürgerkrieg zu sprechen“, heißt es in einem Kommentar von „Junge Welt“. „Denn hier kämpfen nicht Syrer gegen Syrer. Es ist vielmehr ein Krieg zwischen regulären, die Souveränität ihres Landes verteidigenden syrischen Kräften und Banden von religiös aufgehetzten, fremdfinanzierten Söldnern.“ (3)

Versuche, mutmaßliche Einsätze von Chemiewaffen durch die syrische Regierung als Anlass für ein militärisches Losschlagen zu benutzen, kamen bisher nicht zum Tragen. So wurden gefährliche Provokationen von Hilfswilligen inszeniert, um Damaskus zu unbesonnenen Schritten zu veranlassen und damit einen Anlass für eine militärische Intervention zu liefern.

2 Stern.de, 5. September 2013

3 www.generalanzeiger-bonn.de <News<Politik

Einige Beispiele für solche Versuche:

Im Juni 2012 stürzte ein türkisches Aufklärungsflugzeug am östlichen Mittelmeerrand, in unmittelbarer Nähe des syrischen Luftraums ab. Die Regierung in Ankara behauptete sofort, das Flugzeug sei von der syrischen Luftabwehr abgeschossen worden. Unabhängige Experten von International Crisis Group stellten dagegen fest, dass „keine Spuren von Raketenbeschuss am Wrack des Flugzeugs“ gefunden wurden. Ankara musste später „Irrtümer“ eingestehen. „Trotzdem hatte die NATO auf den Vorfall, wie von der Türkei beantragt, mit Aufstockung der Luftabwehr reagiert. Was schließlich auch zum Bundestagsmandat für die deutsche Beteiligung führte.“ Die Bundesregierung rechtfertigte die Entsendung von Patriot-Raketen an die türkisch-syrische Grenze mit den Informationen, die sie von ihrem türkischen NATO-Partner erhalten hatte. Danach habe sie den angeblichen Vorfall als „Abschuss ohne Vorwarnung“ und „unverhältnismäßigen Akt“ bewerten müssen. (4)

Im Oktober 2012 zwangen türkische F-16-Kampfflugzeuge eine in Moskau gestartete Maschine des Typs Airbus A-320 zur Landung auf dem Esenboga-Flugplatz in Ankara. Der Vorwand für diese Luftpiraterie: Dem türkischen Geheimdienst lägen Informationen über eine „verdächtige Fracht“ vor. Der Airbus setzte am nächsten Tag seinen Flug nach Damaskus fort, nachdem „verdächtige Teile der Ladung“ beschlagnahmt worden waren. Der Vorfall verlief schließlich im Sande.

Im Januar und im Juni 2013 flogen israelisch Kampffjets Angriffe gegen die militärische Forschungsanlage Dschamraja. Dabei wurden auch Wohnanlagen getroffen. Von Seiten der syrischen Regierung wurden die Bombardements als Kriegserklärung gewertet. (JW, 06.05.13) „Der Spiegel“ bezeichnete die Angriffe als „eine Botschaft in Richtung“ Obama, der von einer „roten Linie“ gesprochen hatte. „Der Feind betrachtet dich als Papiertiger, wenn du deinen Drohbotschaften keine Taten folgen lässt“, sagte der ehemalige (israelische) Geheimdienstchef Ami Ajalon,“ (5)

Im Mai 2013 beschuldigte die türkische Regierung die syrische Staatsführung, zwei Autobombenanschläge in der türkischen Provinz Hatay verübt zu haben. Der türkische Vizepremier Bülent Ari-

4 Focus online, 8. September 2013

5 Die Welt, 7. September 2013

ne machte sofort den syrischen Staatschef Assad und den syrischen Geheimdienst als die „üblichen Verdächtigen“ verantwortlich. Die Anschläge erfolgten in einer Grenzregion, die ein Waffenumschlagplatz für Söldner und Zentrum des internationalen Terrorismus ist. Linke und kemalistische Oppositionspolitiker vermuten, dass die Anschläge durch Kräfte der Freien Syrischen Armee (FSA) wie der Al-Qaida-nahen Al-Nusra-Front herbeigeführt wurden, um ein militärisches Eingreifen der Türkei in den syrischen Bürgerkrieg zu provozieren,“ (6)

Der Nahost-Experte an der Universität Mainz, Günter Meyer, äußerte zu der Unterstellung, linke, vom syrischen Geheimdienst ausgerüstete türkische Gruppen seien für die Anschläge verantwortlich: „Denen zu unterstellen, dass sie ausgerüstet worden sind vom syrischen Geheimdienst, würde bedeuten, dass Damaskus ein Interesse an einem Bombenanschlag hier hat. Aber genau das ist nicht der Fall.“ Für Damaskus wäre es „absolut kontraproduktiv“, sich mit Ankara anzulegen, „denn das sind genau die Signale, auf die die Aufständischen, auf die die Opposition wartet, um ihren Druck im Hinblick auf Waffenlieferungen und Flugverbotszone zu stärken.“ (7) Die Regierung in Damaskus übte Besonnenheit, verurteilte die wiederholten Provokationen gegen ihr Land und wies die Anschuldigungen, die ein Eingreifen der NATO herbeiführen sollten, zurück.

Die Chemiewaffen-Legende

Die nachfolgende Chronik verdeutlicht die Kette der Versuche, der syrischen Regierung den Einsatz von Chemiewaffen zu unterstellen. Es sei vorausgeschickt, dass die Tatsache der syrischen Verfügungsgewalt über eine solche Waffe von der Kriegspartei genutzt wurde, Damaskus ständig zu verdächtigen, sie auch einzusetzen. Außerdem sorgte Obamas „rote Linie“ dafür, die Geheimdienste der USA und ihrer Verbündeten anzuspornen, in bewährter Art „Beweise“ für militärischen Interventionismus zu liefern. Ferner waren die Söldnergruppen bestrebt, ihren „mörderischen Einfallsreichtum“ zu belegen.

Im August 2012 warnte Obama Syrien, biologische oder chemische Waffen einzusetzen. Andernfalls überschreite das Regime die „rote Linie“, was schwere Konsequenzen nach sich ziehen werde. Er versprach zugleich, über mögliche Erfordernisse zu beraten, sobald ein definitiver Beweis über den Einsatz von C-Waffen durch Damaskus vorliegen sollte.

Im Oktober 2012 verlegten die USA 150 GI's in das jordanische Grenzgebiet zu Syrien. Um, wie es hieß, Jordanien zu sichern, falls das syrische Chemiewaffenarsenal außer Kontrolle geraten sollte.

Im Dezember 2012 teilte die syrische Regierung dem UN-Generalsekretariat und dem UN-Sicherheitsrat mit, dass Söldner in der Nähe von Aleppo eine Fabrik besetzt haben, die Chlor für die Trinkwasseraufbereitung produziert habe. Es bestehe die Gefahr, dass die Söldner Giftgas einsetzen und Damaskus beschuldigten.

Anfang Dezember 2012 sprach ein US-Regierungsvertreter von Erkenntnissen, dass die syrische Regierung in der Lage sei, das hochtoxische Nervengas Sarin militärisch einzusetzen. Damaskus erklärte daraufhin, solche Waffen nicht gegen das eigene Volk einzusetzen. (8)

Im Januar 2013 berichtete „Daily Mail“, Rebellen planten einen C-Waffen-Einsatz, für den sie Damaskus verantwortlich machen wollten. Der Report fuße auf abgefangenen E-Mails von Söldnertruppen.

Am 19. März 2013 wurden bei einem Raketenangriff auf den Ort Khan Al Assal (Provinz Aleppo) 26 Menschen getötet und mehr als 100 verletzt. Die syrische Regierung wandte sich am selben Tag an die UNO und forderte den Einsatz einer „unabhängigen, neutralen technischen Spezialistenkommission“, um die Attacke zu untersuchen. Die Rakete habe „chemische Substanzen“ enthalten; man wolle, dass „Einzelheiten dieses Verbrechens“ aufgeklärt würden. Vertreter der oppositionellen Milizen erklärten, die syrischen Streitkräfte hätten Chemiewaffen eingesetzt und aus Versehen „eigene Leute“ getroffen. Die UNO sagte die Untersuchung des Raketenangriffs zu und stellte eine Mission zusammen. Frankreich und Großbritannien legten daraufhin „Beweise“ vor, dass die syrischen Streitkräfte in der Umgebung von Damaskus Giftgas eingesetzt hätten, auch das müsse von der von der Inspektion untersucht werden.

Der Mission müsse daher „freier und ungehinderter Zugang im ganzen Land“ gewährt werden. Das lehnte die syrische Regierung ab. (9)

Britische Militärexperten erklärten, heimlich Bodenproben in der Nähe von Damaskus entnommen zu haben, die auf den Einsatz von C-Waffen hindeuteten. Allerdings könne nicht bewiesen werden, ob die Waffen von der syrischen Armee oder von Söldnern angewendet worden seien. (10) Der Verdacht gegen Damaskus wurde damit weiter geschürt.

Söldner in Bedrängnis

In diesen Wochen gelang es der syrischen Armee an einigen Frontabschnitten die Söldner zurückzuschlagen.

Israels Vize-Außenminister Elkin forderte Ende April 2013 die USA auf, militärisch einzugreifen, „um die Kontrolle über das syrische Chemiewaffenarsenal zu übernehmen.“ (11)

Kurz darauf informierte das Weiße Haus den Kongress über eine Unternehmung der US-Geheimdienste. Sie hätten offenbar konkrete Hinweise auf einen Chemiewaffeneinsatz des syrischen Regimes entdeckt. Es könne mit „unterschiedlichen Graden der Sicherheit“ gesagt werden, dass das Gift „in einem kleinen Maßstab“ verwendet worden sei. Wahrscheinlich handle es sich dabei um das Nervengift Sarin. „US-Außenminister Kerry sprach von zwei Fällen, ohne Details zu nennen. Er sei aber nicht absolut sicher, dass Machthaber al-Assad tatsächlich Gift gegen die Rebellen eingesetzt habe. Auch sei nicht klar, unter welchen Bedingungen dies geschehen sein könnte.“ „Wir glauben, dass jeder Einsatz von Chemiewaffen in Syrien wahrscheinlich vom Assad-Regime ausging“, wurde vermutet. (12)

Obama äußerte zu den Vermutungen, es fehle noch der endgültige Beweis, dass die damaszener Regierung ihre Gegner mit Nervengas angegriffen habe. (13)

Die vorliegenden Berichte der Geheimdienste stimmten nicht überein. Sie würden allerdings weiter geprüft. „Verdacht ist eine Sache,

9 Time, 13. April 2013

10 Berliner Zeitung, 27./28. April 2013

11 Berliner Zeitung, 26. April 2013

12 Junge Welt, 27./28. April 2013

13 Junge Welt, ebenda

Beweise sind etwas anderes“, meinte US-Verteidigungsminister Hagel. (14)

Die Syrische Nationale Koalition in Istanbul ging einen Schritt weiter. Sie behauptete Ende April 2013, Assads Streitkräfte hätten „mehr als ein Mal in der Provinz Damaskus, in Homs und Aleppo Giftgas gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt. Es sei ein Muss für den US-Sicherheitsrat nun einzuschreiten. Umgehend müsse zunächst eine Flugverbotszone eingerichtet werden. Mit dieser Forderung wurde die mit Blick auf eine militärische Intervention unterstrichen. Die israelische Regierung kritisierte, dass Washington nicht zügig handle. „Israelische Politiker sehen...die USA in der Pflicht“, bemerkte Israels Umweltminister Amir Perez, „die internationale Gemeinschaft hätte schon längst in Syrien eingreifen müssen. ‚Wir erwarten, dass jene, die rote Linien definieren, das Notwendige unternehmen, allen voran die USA.“ (15)

Überraschend einigten sich Russland und die USA am 9. Mai im Ergebnis eines Treffens ihrer Außenminister in Moskau auf eine Zusammenarbeit ihrer Geheimdienste, um gemeinsam die Berichte über den angeblichen Einsatz von chemischen Waffen in Syrien zu überprüfen. Lawrow betonte: „Wir müssen hundertprozentig sicher sein, keinen Gerüchten oder sogar absichtlichen Provokationen aufzusitzen.“ (16) Ergebnis einer Zusammenarbeit wurden allerdings nicht bekannt.

Einen Tag nach dieser Übereinkunft verlangte der türkische Ministerpräsident Erdogan von der US-Regierung, härtere Maßnahmen gegen das Regime in Damaskus zu ergreifen und eine Flugverbotszone einzurichten. „Wir wollen, dass die Vereinigten Staaten mehr Verantwortung übernehmen und weitere Schritte unternehmen. Welche Schritte das sein werden, werden wir gemeinsam besprechen.“ (17)

Für Aufregung sorgte die Erklärung von Carla del Pontes, Mitglied der 2011 vom UN-Hochkommissariat für Menschenrechte eingesetzten Unabhängigen Untersuchungskommission für die Syrische Republik. Ihre Auffassung: Mit großer Wahrscheinlichkeit wären

14 Berliner Zeitung, 30. April 2013

15 Junge Welt, 10. Mai 2013

16 Berliner Zeitung, 11./12. Mai 2013

17 www.shortness.de/..,uno-carla-del-pontes

syrische Rebellen und nicht die Assad-Regierung für den Einsatz des Giftgases Sarin verantwortlich. (18)

Genf II verhindern

Die Obama-Administration spielte zunehmend mit gefälschten Karten. Ihre Zustimmung zu einer zweiten Genfer Konferenz bedeutete, wie ihre praktischen Handlungen zeigten, keinen Strategiewechsel. Die C-Waffenlegende musste im Sinne der Warlords endlich zum Tragen kommen.

Am 4. Juni 2013 verkündete Frankreichs Außenminister Fabius, in Proben aus Syrien sei im Labor Sarin-Gas gefunden worden. Journalisten hätten die Proben mitgebracht.

Wieder betätigte sich der türkische Ministerpräsident als Scharfmacher. Assad habe C-Waffen gegen die Aufständischen eingesetzt, wiederholte er. Er verwies auf Informationen des türkischen Geheimdienstes MIT, die er dem Sicherheitsrat der UN übermitteln werde. „Assad hat die rote Linie schon vor langer Zeit überschritten“, so Erdogan. (19)

Mitte Juni 2013 ließ Obama seinen Vize-Sicherheitsberater Rhodes mitteilen, die US-Regierung habe keine Zweifel daran, dass die Truppen Assads Giftgas gegen die Rebellen eingesetzt hätten. Damit sei die rote Linie überschritten. Die US-Regierung werde nun ausgewählte Rebellengruppen mit Waffen beliefern. (20)

Tatsächlich erhalten die Söldner seit langem über verschiedene Kanäle US-amerikanische Waffen.

Das Außenamt in Moskau teilte mit, dass die Vorwürfe an die Führung in Damaskus nicht mit glaubwürdigen Tatsachen belegt seien. Juri Uschakow, Berater des russischen Präsidenten Wladimir Putin, meinte, er wolle zwar keine Parallelen „zum Reagenzglas von US-Außenminister Powell“ ziehen, unter Verweis auf die 2003 dem UN-Sicherheitsrat vorgelegten gefälschten „Beweise“ über irakische Massenvernichtungswaffen. Man habe die Information gesehen und „das Vorgebrachte überzeugt uns nicht“.

Der Chef des Auswärtigen Ausschusses der russischen Staatsduma Puschkow bemerkte, dass die neuen Beweise der US-Regierung „an

18 Berliner Zeitung, 11./12. Mai 2013

19 Berliner Zeitung, 15./16. Juni 2013

20 Junge Welt, 15./16./17. Juni 2013

der selben Stelle fabriziert“ worden sind, wie die „Lügen“ über die Massenvernichtungswaffen des Irak. (21)

Präsident Assad sagte; „Hätten Paris, London und Washington nur ein einziges Beweismittel für ihre Behauptungen, hätten sie diese der Weltöffentlichkeit vorgelegt.“ (22)

Am 18. Juni 2013 teilte US-Außenminister Kerry mit, dass infolge des Einsatzes von C-Waffen durch die syrischen Streitkräfte die Regierung der USA den Aufständischen in Syrien Waffen liefern und deren Kampf möglicherweise mit einer Flugverbotszone von Jordanien aus absichern werde. (23)

Am 9. Juli 2013 berichtete der russische UNO-Botschafter über Beweise, dass die Rebellen Sarin eingesetzt hätten. Die UNO stützt diese Aussagen. (24)

Ende Juli 2013 berichteten BRD-Medien von einem wegen eines vermeintlichen C-Waffen-Einsatzes in Khan-al-Assal (Vorort von Aleppo) geplanten, aber verhinderten Besuchs von UN-Kontrolleuren. Sie verschwiegen, dass der Besuch durch eine Rebellen-Offensive verhindert wurde. (25) Damaskus hatte schon im März 2013 eine Untersuchung gefordert, nachdem ihren Angaben zufolge Aufständische Waffen mit chemischen Substanzen in dem Ort eingesetzt hatten. Die Untersuchung scheiterte, weil Großbritannien und Frankreich den ungehinderten Zugang auch zu militärischen Anlagen in ganz Syrien verlangt hatten. (26)

Ende Juli 2013 einigte sich die syrische Regierung mit der UNO darauf, dass Experten den vermuteten Giftgaseinsatz an drei Orten untersuchen. Die Mission werde „sobald wie möglich nach Syrien reisen“, zitierte am 1. August 2013 die österreichische Zeitung „Standard“ den UN-Sprecher Nesirky.

Ende Juli, also mehrere Wochen vor dem Giftgas-Anschlag lagen in den USA Pläne für „begrenzte“ Militärschläge vor. Das Washingtoner „Institut for the Study of war“ legte dar, dass solche Schläge die syrische Luftwaffe beträchtlich schädigen und damit den Nach-

21 Berliner Zeitung, 18. Juni 2013

22 Junge Welt, 18. Juni 2013

23 Hintergrund online, 1. August 2013

24 Berliner Zeitung, 23. August 2013

25 Junge Welt, 26. Juli 2013

26 Junge Welt, 24./25. August 2013

schub für die Armee behindern würden. Eine Möglichkeit, den Aufständischen aus der Defensive zu helfen. (27)

Am 19. August 2013 trifft die UN-Kontrollkommission in Damaskus ein.

Am 21. August 2013 erfolgte in der Nähe von Damaskus ein Anschlag, bei dem mehrere hundert Menschen ums Leben gekommen sind.

Am 23. August 2013 kündigt Obama eine Stellungnahme zu einem Giftgaseinsatz in Syrien an. Man sei noch dabei Informationen zu sammeln. Es handle sich aber „klar um ein großes Ereignis.“ Verdächtigt werde Damaskus, den Einsatz verübt zu haben.

Russland legte auf einer Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrates Satellitenbilder vor, aus denen hervorging, dass am 21. August nicht die syrische Armee, sondern islamische Freischärler für den Giftgasangriff, bei dem einige hundert Menschen ums Leben kamen, verantwortlich waren. Die libanesische Tageszeitung Al-Safir berichtet, der Angriff sei aus einem Gebiet erfolgt, der von der Gruppe Liwa Al-Islam (Banner des Islam) kontrolliert werde. Die Raketen seien von den Terroristen selbst gebaut worden und hätten chemische Kampfstoffe transportiert, Das russische Außenministerium verwies zudem darauf, dass Internetvideos über den angeblichen Giftgaseinsatz offensichtlich Tage vor dem 21. August erstellt wurden. Der Meinung, dass es sich bei dem Vorfall um eine Provokation der Assad-Gegner gehandelt hatte, wurde auch von unabhängigen Experten vertreten. So erklärte der Leiter des Zentrums zur Forschung zur Arabischen Welt an der Mainzer Universität Günther Meyer: „Was wir erlebt haben, ist ein Massenmord mit dem einzigen Ziel, diesen Massenmord dem Regime anzulasten und damit die USA unter Druck zu setzen, hier einzugreifen.“

In einem Telefonat waren sich die Außenminister Russlands und der USA, Lawrow und Kerry, einig, dass eine objektive Überprüfung der Vorgänge erforderlich sei. Die russische Regierung verlangte, dass auch die Rebellen den UN-Inspektoren einen sicheren Zugang zu den betroffenen Orten gewähren müssen. (28)

Ein Sprecher des Oberkommandos der syrischen Streitkräfte erklärte am 24. August, dass Truppen in dem Vorort Jobar ein Lager mit

27 IAC Solidaritätscenter in New York, 27. August 2013

28 Junge Welt, 26. August 2013

„Rohstoffen für die Erstellung von chemischen Waffen“ gefunden hätten. Es seien Schutzmasken und große Mengen von Medikamenten gefunden worden, die nach dem Einatmen giftiger chemischer Substanzen helfen sollten. Der Fund bestätige, dass „ausländische Kräfte die Terroristen mit allem versorgen, was man für den Einsatz chemischer Waffen brauche“, erklärte der Sprecher.

Der syrische Informationsminister Omran Al-Zoubi wiederholte, dass Syrien niemals chemische Waffen eingesetzt habe. Satellitenbilder und Augenzeugenberichte belegten dagegen, dass die in Frage kommenden Geschosse von Orten abgefeuert worden seien, die von den Aufständischen kontrolliert würden. Ziele seien Gebiete gewesen, in denen es noch Zivilbevölkerung gebe. Die chemischen Substanzen, die die Armee in dem (Damaszener Vorort) Jobar gefunden habe, stammten aus Saudi-Arabien, aus der Türkei und verschiedenen europäischen Ländern. Ebenso die Medikamente, die zum Schutz gegen solche Angriffe dienten.

Voreilige „Enthüller, eilige Krieger

Der Sprecher des russischen Außenministeriums Lukaschewitsch hob hervor, dass einige der von „Aktivisten“ stammenden Videoaufnahmen im Internetportal Youtube schon am 20. August, also vor den angeblichen Angriffen syrischer Streitkräfte am 21. August veröffentlicht worden waren. Als erster Sender hatte der saudische Nachrichtensender Al-Arabija den Giftgasangriff gemeldet. Scharfmacherisch wurde zum Losschlagen gedrängt.

Der israelische Ministerpräsident Netanjahu heizte an: „Die gefährlichsten Regimes der Welt dürfen nicht die gefährlichsten Waffen der Welt haben.“ Israel wisse sich zu verteidigen. „Notfalls ist unser Finger am Abzugshahn.“

Der türkische Ministerpräsident Erdogan kritisierte erneut die Tatenlosigkeit des Westens. (29)

Nach Meinung von Frankreichs Außenminister Fabius müsse über die von den USA angekündigten Militärschläge schon „in den kommenden Tagen“ entschieden werden.

Der britische Premier Cameron drängte auf einen frühen Angriffsbeginn, da „keine Zeit mehr zu verlieren“ sei.

Bundeskanzlerin Merkel und der britische Premier stellten in einem Telefongespräch fest, dass beide „wenig Zweifel“ an der Verantwortung der syrischen Regierung für den Chemiewaffenangriff hätten. Sie seien sich einig, dass jetzt „eine entschlossene Reaktion der internationalen Gemeinschaft“ folgen müsse.

Übereinstimmend und mit aggressiver Entschiedenheit behaupteten die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens, der USA, Israels und der Türkei noch vor Vorlage von Ergebnissen der UN-Untersuchung, „das Regime“ in Damaskus stehe bereits als Schuldiger für den Giftgaseinsatz fest. (30)

Dagegen stellte Professor Günter Meyer in einem Gespräch mit der „Berliner Zeitung“ fest, dass Kerry die Tatsache „vergessen“ habe, dass der Angriff auf Al-Ghuta ebenso gut von den Rebellen ausgegangen sein könnte. Denn auch sie besäßen C-Waffen und die Mittel zu ihrem Einsatz. Die Zeitung berichtete weiter darüber, dass die Polizei des NATO-Partners Türkei im Mai in der Provinz Adana eine Gruppe von Kämpfern der islamistischen Al-Nusra-Front festnahm und dabei einen Zwei-Kilo-Tank mit dem Nervengas Sarin beschlagnahmte. In diesem Kontext können auch Berichte der syrischen Regierung, sie habe an mehreren Orten C-Waffen-Depots der Rebellen entdeckt, so im Juli in Baniyas und nun in Jobar bei Damaskus, nicht pauschal als unglaubwürdig abgetan werden. „Dass auch die Aufständischen über Giftgas verfügen, ist eindeutig, sagte Günter Meyer. „Doch bei jedem Verbrechen fragt man: Wem nützt es? Und in diesem Fall muss man sagen: Mit Sicherheit nicht dem Regime. Militärisch ist es überall auf dem Vormarsch, und zwar mit konventionellen Waffen.“ Die Einzigen, die Interesse am Einsatz von C-Waffen haben könnten, seien die Aufständischen. „Die Vermutung liegt nahe, dass dieser Massenmord geplant worden ist, um die USA zum Eingreifen zu bewegen.“

„Hinweise“ statt Beweise

Seit dem 18. August waren Inspektoren der UNO in Syrien, um Berichte über frühere – in den Folgen sehr viel kleinere – Giftgasangriffe zu prüfen. Widersinnig, dass in solcher Situation Damaskus, wie behauptet wurde, massiv chemische Waffen einsetze. Das würde bedeuten, den Warlords Argumente für eine militärische

Intervention frei Haus zu liefern.

Doch die Kriegsvorbereitungen der westlichen Allianz liefen unterdes, auch ohne Vorlage von Beweisen, auf Hochtouren. Ergebnisse der UN-Inspektoren spielen von vornherein keine Rolle. Die Untersuchung komme „zu spät“ wischt Kerry beiseite. (31)

In einem Interview mit der russischen Zeitung „Iswestija“ erklärte Syriens Präsident Assad u. a.: „Die Verlautbarungen der Politiker der USA, des Westens und anderer Staaten sind eine Verhöhnung des gesunden Menschenverstandes und Verachtung gegenüber der öffentlichen Meinung ihrer Völker. Es ist Nonsens: Erst gibt es Anschuldigungen, und erst dann sammelt man Beweise. Genau das macht das mächtigste Land – die USA.“ Assad weiter: „Was die Untersuchung von Kriegsverbrechen in Syrien angeht, so sind wir die ersten, die eine Untersuchung durch eine internationale Kommission gefordert haben. Als die Terroristen eine Rakete mit Giftgas auf Aleppo abgefeuert haben, und zwar nach vielfachen Verlautbarungen des Westens, die Regierungstruppen seien bereit, chemische Waffen einzusetzen, haben wir eine Untersuchung durch ausländische Fachleute gefordert. Diese Position war mit Russland abgestimmt, wir wollten, dass die USA, Frankreich und Großbritannien sich selbst davon überzeugen, dass das nicht unser Werk ist, sondern dass unsere Feinde chemische Kampfstoffe einsetzen.“ (32)

Obama erklärte, er wolle Abgeordnete des Kongresses über seine Pläne unterrichten. Geheimdienst-Untersuchungen sollen belegen, dass die Regierung in Syrien für den Abschuss der mit tödlichem Gas gefüllten Granaten in der Nähe von Damaskus verantwortlich war. In dem Bericht soll sich jedoch kein Beleg finden, der „Macht-haber“ Assad direkt mit der Attacke in Verbindung bringt. Einer Sprecherin des US-Außenministeriums zufolge ist das aber nicht notwendig. Der Oberkommandierende jeder Armee ist letztlich verantwortlich für Entscheidungen, die unter seinem Kommando getroffen werden. Auch das Geheimdienstgremium der britischen Regierung führte keine Beweise an, sondern sprach lediglich von Hinweisen, die eine Verantwortung des Assad-Regimes nahelegten. Die Türkei, die eine 900 Kilometer lange Grenze zu Syrien hat, bereitete sich auf Vergeltungsschläge aus Syrien, dem Iran und seitens

31 Junge Welt, 28. August 2013

32 Junge Welt, ebenda

der libanesischen Hisbollah vor, falls die USA Syrien angreifen sollten. Laut Medienberichten richtete die türkische Armee ihre Bodentraketen in der südlichen Provinz Hatay gegen Syrien aus und brachte Flugabwehrraketen in die Region. (33)

Das Weiße Haus veröffentlichte einen vierseitigen Bericht, in dem die Geheimdienste ihre Ergebnisse über den Chemiewaffen-Angriff darlegten. Darin heißt es, die USA hätten Gespräche zwischen syrischen Offizieren abgehört. Darin sei bestätigt worden, dass Giftgas eingesetzt worden sei. Auch sei die Sorge geäußert worden, die UN könnte Beweise finden.“ (34)

In der britischen Unterhaus-Debatte musste Premierminister Cameron eingestehen: „Wir haben keine Beweise, dass die Opposition keine C-Waffen hat und dass das Regime solche eingesetzt hat.“ (35) Russlands Präsident Putin forderte weiterhin Belege für die Behauptung der US-Regierung, es seien die syrischen Regierungstruppen gewesen, die Massenvernichtungswaffen eingesetzt hätten. Sollte es solche Beweise geben, müssten sie den UN-Beobachtern und dem Sicherheitsrat vorgelegt werden. „Wenn sie keine vorzeigen, heißt das, sie haben keine.“ (36)

In dieser Situation, da die CIA noch „Beweise“ zusammenstellte, die die syrische Regierung belasten sollen, erhielt eine Veröffentlichung des außenpolitischen Fachmagazins „Foreign Policy“ Brisanz. Denn sie enthüllt erstmals anhand von CIA-Akten, dass die USA über den Einsatz von Senfgas und Sarin durch Saddam Husseins Truppen im irakisch-iranischen Krieg (1980 - 1988) Bescheid wussten und in einem Fall mittelbar beteiligt waren. „Im Unterschied zur heutigen Debatte über eine möglich US-Intervention, um den Einsatz von Chemiewaffen von Syriens Regime zu stoppen, akzeptierten die Amerikaner vor drei Jahrzehnten kühl, dass Hussein chemische Kampfstoffe großflächig gegen den Gegner und seine Landsleute einsetzte. Die Regierung Reagan griff nicht ein, weil sie sich vom Fortgang dieser Angriffe eine Wende im Krieg erhoffte... Als die USA auf Bildern von Aufklärungssatelliten Ende 1987 erkannten, dass Irans Armee ihre nächste Frühjahrsoffensive starten wollte, weil sie dort eine Schwachstelle der irakischen Armee aus-

33 Berliner Zeitung, 30. August 2013

34 Berliner Zeitung, 31. August/ 1. September 2013

35 Junge Welt, 31. August/1. September 2013

36 Berliner Zeitung, 2. September 2013

gemacht hatte, versorgte der US-Geheimdienst Husseins Regime mit dieser Information. Schließlich hatte Ronald Reagan klar gesagt: 'Ein Sieg Irans ist inakzeptabel.' Die USA halfen dem Irak, obwohl sie zu diesem Zeitpunkt genau wussten, dass dessen Armee sogar Sarin einsetzen würde, um einen iranischen Angriff zurückzuschlagen. Laut den CIA-Akten wurden zwei Drittel aller produzierten chemischen Kampfstoffe in den letzten 18 Monaten des Krieges eingesetzt.“ (37)

Grundlegend verschiedene Strategien

Das Ringen um die Lösung des Konflikts in Syrien wurde zu einem Prüfstein für das Verhalten zum Völkerrecht, zur Bereitschaft, Abkommen bzw. Vereinbarungen, die auf diesen Grundlagen erzielt wurden, ernsthaft durchzuführen.

Die Ereignisse haben deutlich gemacht, dass sich in der Syrien-Frage zwei grundlegend verschiedene Konzeptionen und Strategien gegenüberstehen.

Die der Russischen Regierung erläuterte deren Außenminister Lawrow in einem Beitrag in der Ausgabe vom „The Huffington Post“ vom 15. Juni 2012. Er führte darin u. a. aus: „In den internationalen Beziehungen existiert eine bestimmte Grenze krisenhafter Situationen, die nicht ohne den Verlust globaler Stabilität überschritten werden darf. Deshalb muss das Bemühen um die Lösung von regionalen Brandherden, einschließlich innerstaatlicher Konflikte, mit größter Ernsthaftigkeit erfolgen, ohne die Anwendung doppelter Standards. ... Alle Seiten innerer Konflikte müssen sicher sein, dass die internationale Gemeinschaft auf der Grundlage fester Prinzipien handeln wird, als einheitliche Front auftretend und nach schnellster Beendigung der Gewalt und nach Erzielung annehmbarer Regelung durch einen umfassenden Dialog strebend. Russland lässt sich hinsichtlich innerstaatlicher Krisen ausschließlich von solchen Prinzipien leiten; und eben davon wird auch unsere Position zu den Vorgängen in Syrien bestimmt. Deshalb haben wir vollinhaltlich und aufrichtig die Mission des Sonderbotschafters der UNO und der Arabischen Liga, Kofi Annan, unterstützt, die auf eine schnellstmögliche Herbeiführung eines allseits annehmbaren Kompromisses gerichtet war. In Erklärungen des Vorsitzenden des Si-

cherheitsrates der UNO sind in diesem Zusammenhang die Vorgehensweisen fixiert, die wir von Beginn der inneren Erschütterungen in Syrien an verfolgt haben. Diese Ideen, die sich auch in unserer gemeinsamen Erklärung mit der Arabischen Liga, abgestimmt am 10. März dieses Jahres, widerspiegeln. ...Die äußeren Akteure müssen alles in ihren Kräften Stehende unternehmen, um das Blutvergießen zu beenden und die Ausarbeitung eines Kompromisses unter Teilnahme aller in den Konflikt involvierten Seiten zu gewährleisten.“

Die US-Administration, an die nicht zuletzt die Darlegungen und der Appell Lawrows gerichtet waren, verfolgt einen anderen Kurs. Auf einen kurzen Nenner gebracht läuft er auf die von Obama wiederholt erhobene Forderung hinaus: „Assad muss weg!“ Das heißt auf einen Regimewechsel. Dieser Kurs knüpft an die Bush-Doktrin an. Dessen Administration hatte nach dem 11. September 2001 dem US-Generalstab eine Weisung übermittelt. Der ehemalige NATO-Oberbefehlshaber Wesley Clark machte 2007 aus deren Inhalt kein Geheimnis mehr. Sieben Staaten seien „auszuschalten“, so die Weisung aus dem Weißen Haus. Clark zählte auf: „Irak, dann Syrien, Libanon, Somalia, Sudan und schlussendlich Iran.“ (38)

Der Irak wurde bereits „ausgeschaltet“. Syrien ist an der Reihe, um zugleich dessen engsten Verbündeten Iran zu schwächen. Bei einem Militärschlag gegen Syrien könnte der Libanon in das Kriegsgeschehen einbezogen werden.

Vor allem die Position Russlands, aber auch die Chinas, werden von westlichen Politikern und Massenmedien seit Beginn des Konflikts als „Blockade-Position“ diffamiert. Ja, sie blockiert die militärische Intervention der Westmächte. Die US-amerikanische UN-Botschafterin verstieg sich später zu der verleumderischen Erklärung, Russland halte den Sicherheitsrat „weiter als Geisel“ und sei „Schutzherr eines Regimes, das „eine dreiste Chemiewaffen-Attacke verübt“ habe. (39)

Russland und China verhinderten, ja blockierten im UN-Sicherheitsrat Anträge, die hauptsächlich von den USA, Großbritannien und Frankreich eingebracht wurden und die einen Aggressionsakt ermöglichen sollten.

38 www.nrhz.de

39 Junge Welt, 7./8. September 2013

Aufschlussreich sind die Handlungen vor allem den USA gegenüber den Bemühungen um eine politisch-diplomatische, also friedliche Lösung des Konflikts.

2011 entsandte die Arabische Liga mit ausdrücklicher Zustimmung der Regierung in Damaskus eine Beobachtermission nach Syrien. „Der Bericht (der Mission, d. V.) kam unmissverständlich zum Schluss, die syrische Regierung würde in keiner Weise mit tödlichen Maßnahme friedliche Demonstranten unterdrücken. Des Weiteren machte der Bericht bewaffnete Gruppen für Bombenanschläge auf zivile Busse, mit Diesel beladene Güterzüge, auf Busse der Polizei sowie auf Brücken und Erdölleitungen verantwortlich.“ Die Tätigkeit der Mission wurde kurzfristig abgebrochen. Der Inhalt ihres Berichts wurde in den westlichen Massenmedien nicht zur Kenntnis genommen. Auch Berichte über Gräueltaten von Terroristen wurden negiert.

Im März 2012 entwickelte der russische Außenminister Lawrow vor den Außenministern der Arabischen Liga ein 5-Punkte-Programm für die politische Lösung des Konflikts: *Sofortiger Waffenstillstand, Überwachung durch eine ausländische Beobachtergruppe, humanitäre Hilfe für Bedürftige, Schaffung der Grundlagen für einen politischen Dialog und Ablehnung ausländischer Einmischung. Seine Initiative fand in westlichen Regierungen und Medien kaum Beachtung.*

Ebenfalls im März 2012 begann der Sondergesandte der UNO und der Arabischen Liga, Kofi Annan, ehemaliger Generalsekretär der UNO, eine aktive diplomatische Tätigkeit. Er legte einen Sechspunkte-Plan zur Beilegung des Konflikts vor. Dieser Plan sah vor:

- Die Zusammenarbeit aller Beteiligten im politischen Prozess zur gewaltfreien Lösung des Konflikts;
- eine von der UN beobachtete Waffenruhe, die nach dem geordneten Rückzug der syrischen Truppen aus den städtischen Kampfzonen am 12. April um 05.00 Uhr in Kraft treten soll;
- den ungehinderten Zugang von humanitären Organisationen in die von Kämpfen betroffenen Gebiete;
- die Freilassung politischer Gefangener;
- Bewegungsfreiheit für Journalisten im ganzen Land;
- Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit in Syrien.

Die syrische Regierung stimmte dem Plan zu. Russland und China signalisierten volle Unterstützung.

US-Außenministerin Clinton äußerte sich sogleich Skeptisch. Schließlich forderte sie den Rücktritt Assads. Die Opposition schlug jegliche politische Gespräche in den Wind. Sie will „den Palast des Präsidenten mit ihren Waffen erobern.“ (40)

Am 12. April 2012 trat der Waffenstillstand in Kraft. Die Rebellen verfuhrten so, wie angekündigt. Sie negierten den Waffenstillstand. Diplomatischen Bemühungen führten am 30. Juni 2012 zu einer Konferenz in Genf. Eine „Aktionsgruppe“ konstituierte sich aus den Chefs der UNO und der Arabischen Liga, der Außenminister Russlands, der USA, Großbritanniens, Frankreichs, der Türkei, des Irak, Kuwaits und Katars sowie der EU-Chefdiplomatie. Vereinbart wurde die Bildung einer Übergangsregierung in Syrien, die Reform der Verfassung des Landes auf der Grundlage eines Gesamtnationalen Dialogs, Mehr-Parteien-Wahlen und die Bildung neuer Staatsorgane.

Die Forderung westlicher Regierungen nach sofortigem Rücktritt Assads wurde nicht in das Aktionsprogramm aufgenommen.

Eine Woche später tagte in Paris die „Gruppe der Freunde Syriens“. US-Außenministerin Clinton wandte sich gegen die Genfer Vereinbarungen, indem sie erneut den Sturz Assads forderte. Derart inspiriert lehnte der Syrische Nationalrat (SNR) für die Opposition die Genfer Vereinbarungen rundweg ab.

Ende Juli 2012 gab Kofi Annan resigniert seinen Rücktritt als Sondergesandter der UNO und der Arabischen Liga bekannt. Nachfolger wurde der ehemalige algerische Außenminister Brahimi. Er setzte die Bemühungen um eine politische Lösung des Konflikts fort.

Im Oktober 2012 verlegte die USA 150 Soldaten in das jordanische Grenzgebiet mit Syrien.

Unzählige Menschen wären nicht Opfer der Kriegsfurie geworden, wenn die Westmächte und die Golfmonarchien den Plan Annans und die Festlegungen der Genfer Konferenz befolgt und die Söldner in ihrem zerstörerischen Handeln gestoppt hätten.

Hillary Clinton setzte jedoch ihre friedensfeindlichen Aktivitäten fort. Sie kündigte eine Erhöhung der Finanzhilfe für die bewaffnete Opposition um weitere 45 Million Dollar an, die als „humanitäre

Hilfe“ ausgewiesen wurde.

Die terroristische Nusra-Brigade, die ihre Zugehörigkeit zu Al-Qaida bekannte, bildete inzwischen die Vorhut des bewaffneten Kampfes für einen Regimewechsel. Die Gräueltaten der Terroristen gegenüber Gefangenen und der Bevölkerung nahmen zu.

Im November 2012 ließ US-Präsident Obama nach seiner Wiederwahl wissen, dass die USA und die Türkei eine Flugverbotszone im Norden Syriens durchsetzen wollten. Dazu sollten

Patriot-Abwehrraketen an der türkisch-syrischen Grenze stationiert werden.

Ende Dezember 2012 verurteilte der russische Außenminister Lawrow auf einer Pressekonferenz in Brüssel die gegen die Genfer Vereinbarungen gerichtete Handlungsweise der Rebellen: „An Stelle einer Realisierung wurde in Doha eine „Koalition der revolutionären und oppositionellen Kräfte“ formiert, die eine Deklaration angenommen hat, in der als Hauptziel beschrieben ist der Sturz des Regimes mit militärischen Mitteln sowie die Demontage der Institutionen. Das ist eine Wendung um 180 Grad von dem in Genf erreichten Konsens.“

Anfang Februar 2013 lehnte auf der 49. Münchener Sicherheitskonferenz der russische Außenminister Lawrow Änderungen an den Genfer Vereinbarungen ab. „Hätten die Teilnehmer des... einträchtig und gewissenhaft mit der Umsetzung der gemeinsam formulierten Herangehensweisen begonnen, hätte es heute in Syrien keine so schreckliche und tragische Situation gegeben. Dafür muss man aber die erzielten Vereinbarungen einhalten, ohne etwas abzustreichen oder hinzuzufügen. Gerade zu diesem Zweck schlagen wir vor, ein neues Treffen der ‚Aktionsgruppe‘ durchzuführen.“ (41)

In seiner Rede zur Lage der Nation im Februar 2013 hatte US-Präsident Obama versprochen: „Wir werden den Druck auf das syrische Regime erhöhen...Wir werden die Oppositionsführer unterstützen.“ (42)

Am 25. Februar 2013 erschien im faz.net ein Beitrag unter der Überschrift „Für tödliche Missionen: CIA“. Darin wurde die US-Strategie u. a. so umrissen; „In Syrien und auch im Irak verstärkt der Auslandsgeheimdienst seine Aktivitäten... In erster Linie geht es um

41 RIA NOWOSTI, 2. Februar 2013

42 Junge Welt, 14. Februar 2013

die Stabilität im Irak und um den Sturz des Diktators Baschar al Assad in Damaskus. Doch als dritter – und womöglich wichtigster – Adressat ist Iran im Visier... Wie amerikanische Medien in den vergangenen Tagen unter Berufung auf ranghohe Regierungsmitarbeiter berichteten, versorgen Mitarbeiter der CIA ausgewählte syrische Rebellen Gruppen mit Lagebildern und über mögliche Ziele von Angriffen. Außerdem bilden sie Aufständische in Lagern in Jordanien aus, etwa im Umgang mit Boden-Luft-Raketen zum Einsatz gegen Assads Luftwaffe...Schließlich unterstützt die CIA verbündete Staaten der Region wie die Türkei, Saudi-Arabien und Qatar bei der Beschaffung von Waffen für die Rebellen sowie bei deren Lieferung über den Landweg von der Türkei in die befreiten Gebiete im Norden Syriens... Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI schätzt, dass in den vergangenen Wochen mindestens 3.500 Tonnen Waffen, Munition und Ausrüstung an ausgewählte syrische Rebellen Gruppen geliefert wurden.“ (43)

Zur Konkretisierung der US-Strategie teilte US-Verteidigungsminister Hagel mit, dass 200 Soldaten nach Jordanien geschickt werden. Die bereits dort stationierten 150 GI's werden durch Spezialeinheiten ersetzt. Außerdem werde ein Planungsstab des Heereshauptquartiers in Jordanien eingerichtet. Das Pentagon stelle der jordanischen Regierung zudem 70 Millionen Dollar zur Verfügung, um die Truppen auszubilden und auszurüsten. (44)

Der Chef der US-Streitkräfte, General Demsey, schätzte bei einer Anhörung ein, dass die Lage der Opposition „deutlich verwirrender als noch vor sechs Monaten“ sei. (45)

US-Außenminister Kerry betonte vor dem außenpolitischen Ausschuss im US-Kongress, die Kämpfer der syrischen Nationalen Koalition hätten mit Hilfe kontrollierter Waffenlieferungen „viel an Boden gutgemacht“. US-Politik sei zwar „keine tödliche Hilfe, aber wir koordinieren uns sehr, sehr eng mit denen, die es tun.“ (46)

Vertreter der elf Staaten der Führungsgruppe der „Freunde Syriens“ versicherten auf einem Treffen in Istanbul den Krieg der oppositionellen syrischen „Nationalen Koalition“ weiter zu unterstützen. Die Gruppe besteht aus den Staaten Türkei, Katar, Saudi-

43 www.faz.net/aktuell/auslandnahe-osten/syrien-politik

44 Junge Welt, 19. April 2013

45 ebenda

46 New York Times, 18. April 2013

Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Ägypten, Jordanien, USA, Frankreich, Großbritannien, Deutschland und Italien.

Aus Moskau wurde am 7. Mai berichtet, dass - im Ergebnis der Gespräche mit dem US-Außenminister Kerry - Russland und die USA gemeinsam für eine Syrien-Konferenz eintreten. Sie wird mitunter als Genf-II- Konferenz bezeichnet. Sie soll an die Ergebnisse der ersten Genfer Konferenz anknüpfen. US-Außenminister Kerry, der gerade erst das „sehr, sehr enge koordinierende Verhältnis zum „tödlichen“ Tun der Terroristen hervorgehoben hatte, versuchte sich nun als Erfinder dieser Konferenz aufzuspielen: „Wir sind der Auffassung, dass das Genfer Kommuniqué tatsächlich ein wichtiger Weg ist, um dem Blutvergießen in Syrien ein Ende zu setzen. Es darf kein Fetzen Papier oder leere Diplomatie sein, sondern muss den Weg zu einem neuen System bahnen, in dem es kein blutiges Gemetzel gibt,“ beteuerte der US-Außenminister demagogisch. (47)

Bekanntlich hatte der russische Außenminister Lawrow einen solchen Vorschlag der Münchener Sicherheitskonferenz unterbreitet. Der Syrien-Gesandte der UN und der Arabischen Liga, Lakhdar Brahimi, begrüßte den Schritt und mahnte schnelle weitere Maßnahmen an.

Wenige Tage später forderten Obama und Erdogan erneut: „Wir sind uns beide einig, dass Assad weg muss.“ (48)

Das regionale Umfeld hatte sich in den zurückliegenden Monaten zuungunsten der Aufständischen verändert.

Pentagon und Außenministerium der USA sorgten mit Hilfe der Geheimdienste des Landes und privater Sicherheitsfirmen weiterhin für die Ausrüstung der Aufständischen in Jordanien, im Libanon und in der Türkei.

Die US-Administration versuchte den Anschein zu erwecken, sie hielte an der Einberufung einer Genf-II-Konferenz fest. Die Konferenz solle, wie beteuert wird, möglicherweise noch im Mai stattfinden.

Kerrys Verlogenheit wurde erneut deutlich, als er bei einem Treffen mit seinem jordanischen Amtskollegen die Teilnahme des syrischen Präsidenten Assad, und damit die Teilnahme des einen Verhandlungspartners an der geplanten Konferenz kategorisch ausschloss.

47 Junge Welt, 10.Mai 2013

48 Handelsblatt, 16. Mai 2013

Russland beharrte dagegen auf einer Verhandlungslösung, wie sie im Genfer Abkommen vom 30. Juni 2012 vorgesehen war.

Die US-Regierung schickte Anfang Juni Patriot-Raketen und Kampfflugzeuge nach Jordanien.

Die Aufständischen erhielten von NATO-Staaten und Golfmonarchien weitere umfangreiche finanzielle Unterstützung. Die Nationale Koalition bedankte sich für die 1,5 Milliarden Dollar, die sie erhalten hatte - aus den USA, Kanada, Deutschland, Saudi-Arabien, Kuwait und Katar.

Ein Pressekommentar resümierte: "Es mangelt nicht an Waffen in Syrien, es mangelt am Willen, eine politische Lösung zu finden. Obama beginnt, die USA in einen Konflikt zu verwickeln, der längst nicht mehr von außen kontrollierbar ist." (49)

Die US-Regierung kündigte nun offiziell die militärische Unterstützung der Aufständischen an. Sie begründete das mit dem mutmaßlichen Einsatz von C-Waffen durch syrische Regierungstruppen. (50)

Während die beabsichtigte Genfer Nachfolgekonzferenz auf Ersuchen der USA immer weiter verschoben wurde, fand in Jordanien das Manöver „Eager Lion“ statt. Teilnehmer waren 8.000 Soldaten aus 18 Ländern. Von den US-Streitkräften, die an dem 12 tägigen Manöver teilgenommen hatten, verblieben, wie Obama bekannte, 700 Soldaten, weitere F-16 Kampffjets, ihre Piloten sowie ein Patriot-Raketenabwehrsystem in Jordanien.

Die Genfer Konferenz wurde indes zunächst auf Juni, dann auf September verschoben.

Die Aufständischen der „Freien Syrischen Armee“ (FSA) stellten mit Genugtuung fest, dass sie Kriegsgerät, und zwar neue Arten von Waffen, erhielten, um das sie den Westen gebeten hatten. Diese Waffen könnten den „Verlauf der Kämpfe verändern“.

In einem Papier des Nationalen Sicherheitsrates der USA wird dargelegt: "Die Regierung der Vereinigten Staaten beurteilt mit hoher Zuversicht, dass die syrische Regierung einen Angriff mit chemischen Waffen in den Vororten von Damaskus am 21. August 2013 durchführte." (51)

49 Berliner Zeitung, 24. Juni 2013

50 Junge Welt, 24. Juli 2013

51 welt.de, 6. September 2013

Inzwischen erreichte die von der USA-Administration sowie der Regierungen Großbritanniens und Frankreichs betriebene Kampagne zu einer angeblichen Anwendung von Chemiewaffen durch die syrische Regierung einen neuen Höhepunkt. Am 28. August verkündete Pentagon-Chef Hagel: „Wir haben unsere Kräfte in Stellung gebracht, damit sie jede Option ausführen können, zu der der Präsident zu greifen wünscht.“ (52)

Während die UNO strikt vor Militärschlägen gegen Syrien warnte und mitteilte, zuverlässige Ergebnisse über den Giftgas-Einsatz könne man frühestens in einigen Tagen erhalten, erklärte NATO-Generalsekretär Rasmussen, „die Verantwortlichen“ müssten umgehend „zur Rechenschaft“ gezogen werden. (53) Der französische Premier Ayrault fügte hinzu: „Wir wollen das Ende des Regimes von Assad. Wenn wir nicht zuschlagen, ist keine politische Lösung möglich.“ (54)

US-Außenminister Kerry behauptete, unter den Söldnern „in Syrien gibt es überhaupt keine Al-Qaida-nahen Rebellen.“ (55) Fast zeitgleich fragte die „New York Times“ am 5. September 2013 unter der Überschrift „Brutalität der syrischen Rebellen stellt den Westen vor Dilemma“, ob man die zunehmend aus „Banden von Straßenräubern, Kidnappern und Mördern“ zusammengesetzten Rebellen-Gruppen militärisch unterstützen solle.

In einem Memorandum an den US-Präsidenten warnen zwölf ehemalige Angehörige der US-Streitkräfte und verschiedener Geheimdienste ihn, dass er mit gezielten Falschmeldungen in eine Falle gelockt werden könnte. Verschiedene Quellen der syrischen Opposition deuteten darauf hin, dass der Einsatz chemischer Substanzen am 21. August eine „geplante Provokation der syrischen Opposition und ihrer saudischen und türkischen Unterstützer“ gewesen sei, um die USA in den Krieg zu ziehen.“ (56)

BRD mit Führungsanspruch

Die BRD ist fest in die Strategie des „Regime change“ gegen Syrien eingebunden. Die Bundeskanzlerin befand schon im Februar 2012:

52 BBC, 28. August 2013

53 German Foreign Policy, 29. August 2013

54 Junge Welt, 6. September 2013

55 Reuters, 5. September 2013

56 Junge Welt, 9. September 2013

“Präsident Assad hat an der Spitze seines Landes nichts mehr zu suchen.“ (57)

Die Bundesregierung initiierte bzw. unterstützte eine Reihe von Sanktionen gegen die syrische Regierung.

Die Bundesmarine stationierte vor der syrischen Küste ein „Flotendienstboot“, eine schwimmende Abhörzentrale. Ausgerüstet mit modernster Spionagetechnik werden der syrische Funkverkehr und vor allem Truppenbewegungen bis 600 Kilometer ins Land hinein erfasst. Die Ergebnisse erhalten „amerikanische und britische Partnerdienste“. Diese vermitteln sie an die Führungsstäbe der Aufständischen.

Ende 2012 kam die Bundesregierung dem Ruf der Türkei, Patriot-Raketen im türkisch-syrischen Grenzgebiet zu stationieren, umgehend nach. Die Türkei spielt eine zentrale Rolle in der Unterstützung der Aufständischen. Die Raketen sollen „Schutz vor syrischen Angriffen“ bieten. Angela Merkel sagte, noch vor der Entscheidung der NATO-Zentrale: “Wir sind Verbündete im Rahmen der NATO. Insofern fühlen wir uns für die Sicherheit der Türkei verantwortlich. (58)

Der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des Bundestages, Polenz (CDU) setzte sich für die Einrichtung einer Flugverbotszone auch ohne erforderliches UN-Mandat ein. (59)

Der Generalinspekteur der Bundeswehr, Volker Wieker, der Ende Juni an dem schon erwähnten Manöver in Jordanien teilgenommen hatte, beriet dort während eines Kriegsrats in der jordanischen Hauptstadt mit Militärs aus den USA, Großbritannien, Frankreich, Saudi-Arabien und Katar das weitere Vorgehen im Syrien-Krieg. (60)

Als der US-Präsident die Entschlossenheit seiner Administration zum Losschlagen kundtat, bekundete der britische Premier Cameron sofort seine Unterstützung.

Die deutsche Bundeskanzlerin und der britische Premier waren sich in ihrem Telefonat einig, dass jetzt „eine entschlossene Reaktion der internationalen Gemeinschaft“ folgen müsse. BRD-Regierungssprecher Seibert ergänzte für die Bundesregierung: “Es handelt sich

57 ntv, 6. Februar 2013

58 Berliner Zeitung, 1. November 2012

59 taz, 28. Mai 2013

60 German Foreign Policy, 26. August 2013

mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit um einen Giftgasangriff. Er darf nicht folgenlos bleiben.“ BRD-Außenminister Westerwelle dazu: “Wenn sich ein solcher Einsatz bestätigen sollte, muss die Weltgemeinschaft handeln. Dann wird Deutschland zu denen gehören, die Konsequenzen für richtig halten.“ (61)

Auf dem G-20-Gipfel in Sankt Petersburg unterzeichnete Angela Merkel die von Obama vorgelegte Syrien-Erklärung – möglicherweise aus wahltaktischen Gründen – nicht. In der Erklärung wurde eine „entschlossene internationale Reaktion“ gegenüber Damaskus gefordert. Sie korrigierte sich umgehend nach dem Gipfel, indem sie die Erklärung ausdrücklich begrüßte: “Das Signal eines in seiner Haltung zu diesem schrecklichen Konflikt geeinten Europas ist von unschätzbbarer Bedeutung.“ (62)

Der Bundespräsident wählte einen präsidialen Stil: “Ich wünsche mir, dass die Völkergemeinschaft sich zusammenrauft und die Grausamkeit eines Gasangriffs...angemessen beantwortet.“ (63)

Der BND-Chef entrichtete für die geplante militärische Intervention auch noch einen Tribut des deutschen Geheimdienstes. Man habe ein Gespräch zwischen einem hochrangigen Vertreter der libanesischen Hisbollah mit der iranischen Botschaft abgehört. Der Hisbollah-Vertreter habe den Befehl zum Giftgaseinsatz durch die syrische Führung eingeräumt. Assad seinen die „Nerven durchgegangen“. (64) Für einen Regimewechsel in Syrien hat die Bundesregierung einige hundert Millionen Euro investiert. Etwa zeitgleich mit Frau Merkels Forderung im Frühjahr 2012, dass Präsident Assad verschwinden müsse, meldete Westerwelle einen „Führungsanspruch Deutschlands“ bei der „Regelung der Nachkriegsentwicklung“ in Syrien an. Mitte 2012 wurde in Berlin für „The Day After“ ein „Arbeitsstab Syrien“ konstituiert. Er soll die Aktivitäten des Westens und seiner arabischen Verbündeten gegenüber Syrien koordinieren und damit eine „neue Dynamik“ in das Geschehen bringen. Mit den Mitteln, die die Bundesregierung für einen Regimewechsel zur Verfügung gestellt hat, soll u. a. eine noch zu bestimmende „Oppositionsregierung“ unterstützt werden. Ein deutsches „Kontaktbüro“ an der türkisch-syrischen Grenze soll die Tätigkeit unterstützen.

61 Junge Welt, 27. August 2013, Berliner Zeitung, 27. August 2013

62 www.fr-online.de/syrien

63 Junge Welt, 7./8.9.2013

64 Junge Welt, 4.9.2013

Weltgemeinschaft gegen Krieg

Die Politiker der imperialistischen Staaten maßen sich in ihrem Kriegstaumel an, im Namen der „Weltgemeinschaft zu sprechen und zu handeln.

Sie haben nichts gelernt aus den verlorenen Kriegen, die die USA in Korea und in Vietnam unter Anwendung von Massenvernichtungswaffen geführt haben.

Sie haben nichts gelernt aus den Feldzügen, gegen Afghanistan und gegen den Irak, wo sie den Völkern nur Blutvergießen und Chaos bereitet haben. Sie sind auf Grund ihrer Sabotage der Annan-Initiative und der Absage an die Vereinbarungen der Genfer Konferenz in hohem Maße mitschuldig am Tod von bisher 110.000 Syrern wie auch an dem Elend von sechs Millionen geflüchteten bzw. im Land umherirrenden Menschen.

Die Vertreter der Kriegskoalition behaupten, sie sprächen für die „Weltgemeinschaft“.

Aber – das volkreichste Land der Erde, die Volksrepublik China, fordert im Syrien-Konflikt seit Anfang an eine politische Lösung.

Die BRICS - Staaten lehnen entschieden die Pläne eines Militärschlags gegen Syrien ab.

Eindringlich warnte im Namen der weltweiten katholischen Glaubensgemeinde der Vatikan: “Der Lösungsweg für die Probleme in Syrien kann nicht die bewaffnete Intervention sein.“

Der Irak, der Libanon und Ägypten lehnen ebenfalls eine militärische Intervention ab.

Die Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR) verurteilt in einer Erklärung ausländische Interventionen, weil sie unvereinbar mit der Charta der Vereinten Nationen sind.

Der Präsident Venezuelas Maduro warnt in einem Brief an den US-Präsidenten: “Eine solche Militärintervention wäre verheerend für die gesamte Region des östlichen Mittelmeeres, in der sich die historischen Wege unserer Zivilisation begegnen.“

In den NATO-Staaten USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland lehnen jeweils Mehrheiten Militärschläge gegen Syrien ab. Das britische Parlament wies mehrheitlich das Ansinnen von Premier Cameron ab, sich erneut an einem völkerrechtswidrigen Krieg zu beteiligen.

Eindringlich hat der russische Präsident noch einmal vor einem Alleingang Washingtons gewarnt. Er rief dazu auf, die Untersu-

chungsergebnisse der UN-Chemiewaffenexperten abzuwarten, die im Raum von Damaskus Proben genommen hatten. Putin betonte gleichzeitig, dass, sollte es Beweise geben, werde Russland angemessen reagieren. Moskau verteidige nicht die syrische Regierung, „wir verteidigen ganz andere Dinge: die Normen und Prinzipien des Völkerrechts, wir verteidigen die heutige Weltordnung, wir verteidigen sogar die Erörterung des Einsatzes der Gewalt, aber nur im Rahmen der geltenden internationalen Ordnung, der internationalen Regeln und des Völkerrechts. Das ist ein absoluter Wert.“ Fragen der Gewaltanwendung dürften nicht außerhalb der UNO und des Weltsicherheitsrates entschieden werden. Putin fragte dann: „Was werden die USA mit den Rebellen tun, wenn man feststellen wird, dass diese Massenvernichtungswaffen einsetzen? Was werden diese Sponsoren mit den Rebellen tun? Werden sie die Waffenlieferungen einstellen? Werden sie gegen sie Kampfhandlungen einleiten?“ Und abschließend der russische Präsident: „Wer ohne UNO-Mandat und ohne angegriffen zu werden zuschlägt, ist ein Aggressor.“ (65)

Die Warlords in den USA und anderen NATO-Staaten haben die Vereinbarungen der Genfer Konferenz zur Lösung des Syrien-Konflikts von Anfang ebenso sabotiert wie die Bemühungen Annans und Brahimis.

Sie verhöhnen die UNO, ihre Charta und damit das Völkerrecht. Sie schrecken vor keiner Lüge zurück, um die Kriegsmaschinerie in Gang zu halten und mörderisches Kriegsgeschehen zum ständigen Begleiter der Menschheit zu machen.

Sie führen Kriege gegen die Völker und treten damit das elementare Menschenrecht auf Leben mit Füßen.

Die neue russische Friedensinitiative bietet die Chance, Eskalation des Kriegsgeschehens in Syrien zu verhindern.

Die Weltgemeinschaft würde einen historischen Sieg erringen.